

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Forderung ins Haus M. 18.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Streifenband bezogen für Preussisch, Ostpreussisch, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 20.—, für das übrige Ausland M. 26.—
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 60

Die sechspaltige Annoncenzeile über deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Liefer-, schwarze, kleine Anzeigen: Das gesetzdrückte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigen: Das gesetzdrückte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigen: Das gesetzdrückte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigen: Das gesetzdrückte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M.
Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein französischer Plan

Die Vorfrage der Sachverständigen

Paris, 21. Dezember.

Der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ meldet aus London: Loucheur hat einen Plan ausgearbeitet, der dazu bestimmt ist, den Deutschland am 10. Mai bekanntgegebenen Zahlungsplan zu ergänzen. In englischen Kreisen glaubt man, daß morgen vormittag über diesen Plan Einigkeit erzielt werden wird. Unter den von der französischen Regierung geforderten Bürgschaften befindet sich die Ausstellung einer vollständigen und aufrichtigen Statistik der Ausfuhr und Einfuhr seitens der deutschen Regierung. Ueber diesen besonderen Punkt hat unter den Sachverständigen eine eingehende Aussprache stattgefunden und es ist folgende Vorfrage aufgeworfen worden:

Ist Deutschland tatsächlich imstande, die Zahlung zu leisten, zu der es sich für den 15. Januar nächsten Jahres verpflichtet hat? Die französischen Sachverständigen haben sich bemüht, an Hand von Dokumenten ihren englischen Kollegen zu beweisen, daß die Antwort nur bejahend lauten kann. Unschwer haben sie sie bereits überzeugt. Wenn dies erreicht ist, so würde nichts mehr im Wege stehen, heißt es in der Meldung des Sonderberichterstatters weiter, daß Maßnahmen ausgearbeitet werden, um Deutschland zu zwingen, seinen nächsten Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Morgen vielleicht oder übermorgen wird man zu diesem Ergebnis gelangen können. Im Laufe der Londoner Besprechungen wird man jedoch keine Entscheidungen hierüber treffen können. Die französische und die englische Regierung werden sicherlich die Ansichten ihrer Alliierten hierüber einholen und sich mit ihnen über die endgültig anzunehmenden Lösungen verständigen.

Trotzdem diese Meldung mit einiger Sicherheit von einer bald bevorstehenden Einigung auf den französischen Plan spricht, scheint es doch tatsächlich noch nicht so weit zu sein. Was die französische Regierung will, das geht aus den zahlreichen Meldungen, die aus London und Paris verbreitet werden, deutlich hervor, wenn sie sich auch in manchen Punkten widersprechen. Frankreich besteht auf seinen Sicherungen sowohl militärischer wie finanzieller Art und seine Sachverständigen behaupten, daß Deutschland sehr wohl in der Lage sei, die nächsten beiden Raten für die Reparation zu zahlen. Briand scheint sich vorläufig dagegen zu sträuben, daß das Programm Lloyd Georges im Zusammenhange behandelt werde, er will erst die deutsche Reparationsfrage erledigen, bevor über das Gesamtproblem des europäischen Wiederaufbaus gesprochen werde. Das dürfte der augenblickliche Stand der Londoner Verhandlungen sein.

Der „Manchester Guardian“ berichtet, daß die dem britischen Schaham von der französischen Regierung unterbreitete Note eine Erweiterung der Befugnisse des Garantiefomitees verlange:

Wenn der deutsche Reichszentraler die Garantiefommission hinter sich gehabt hätte, so würde er ganz genug gewesen sein, finanzielle Reformen einzuführen, die Deutschland in die Lage versetzt hätten, zu zahlen. Die französische Note erkläre weiter, es müßten Garantien dafür geschaffen werden, daß Deutschland durch eine Finanzreform in den Stand gesetzt werde, in dem auf den Zeitpunkt des Moratoriums folgenden Jahre keine Reparationen zu zahlen.

Die genaue Art der von Frankreich geforderten Garantien sei noch nicht festzustellen, von französischer Seite würde jedoch angenommen, daß die vorgeschlagenen Garantien umfassen: die Kontrolle über die deutschen Zölle und die Forderung, daß die Reichsbank von der deutschen Staatskontrolle befreit werde, mit anderen Worten, daß sie dieselbe Unabhängigkeit erhalte, wie sie die Bank von England oder die Bank von Frankreich besitze, und nicht auf Geheiß der deutschen Regierung eine unbefristete Menge von Papiergeld auszugeben dürfe.

Die Politik Lloyd Georges sei die folgende: Großbritannien ist bereit, die französischen militärischen Sicherheiten auf folgende Art zu garantieren: Zunächst müssen die Reparationschwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden. Zu diesem Zwecke sei Großbritannien bereit, den gesamten Reparationsplan zu revidieren. Frankreich und Belgien sollen ihre verwüsteten Gebiete durch Deutschland nach der Methode des Wiesbadener Abkommens wiederhergestellt erhalten. Großbritannien gibt keine gesamten Forderungen an Deutschland auf mit der Begründung, daß das verwüstete Gebiet Großbritanniens sein Handel ist, und daß die einzige Art der Erholung die Wiederherstellung des europäischen Handels, an die Beseitigung der künstlich durch ein fruchtloses Reparationsystem geschaffenen Atmosphäre geknüpft ist.

Großbritannien stellt jedoch Bedingungen. Die erste und wichtigste, auf die, wie verlautet, Lloyd George dringen werde, sei, daß Frankreich sowohl zu Lande als auch zur See abrüste. Die Mitteilung, daß Frankreich keine Forderung nach einem größeren Flottenverhältnis aufgegeben habe, gehe Lloyd George nicht weit genug, keiner Ansicht nach müsse Frankreich auch seine U-Boote und seine Zerstörerabteilung abrüsten. Die von Frankreich als Bedingung für seine Abrüstung geforderte Sicherheit soll dadurch garantiert werden, daß die augenblicklich von den alliierten

Truppen besetzte Zone westlich des Rheins neutralisiert werde. Ihre Neutralität würde von Deutschland, Frankreich und Großbritannien und möglicherweise auch von Belgien garantiert werden. Jede Partei, die Truppen in diese Zone sende, solle von den übrigen Parteien daraus vertrieben werden. Für Deutschlands passive Neutralität habe dies laut „Manchester Guardian“ den Reiz, daß die französischen Truppen unverzüglich aus der Rheinzone zurückgezogen würden, für Frankreich habe es den Vorteil, daß es eine endgültige Garantie für seine Sicherheit erhalte, falls Deutschland die neutrale Zone verlassen sollte.

Das Blatt berichtet weiter, daß Frankreich ersucht werden solle, die Sowjetregierung anzuerkennen. Die französische Regierung sei auch dazu bereit, jedoch nur dann, wenn von Rußland ähnliche Garantien gegeben werden, wie sie von Deutschland für die Gewährung des Moratoriums gefordert werden, und daß auf die Anerkennung der russischen Schuld auch ihre Bezahlung folge. Die endgültige Entscheidung über all diese Fragen solle der Oberste Rat der Alliierten fällen, der zu Beginn des nächsten Jahres zusammentritt.

Erleichterung unter gewissen Bedingungen

London, 21. Dezember.

„Morningpost“ zufolge würden die Premierminister, wenn die Franzosen und die britischen Sachverständigen zu dem Schluß kommen sollten, daß Deutschland zur selbstgekauften Zeit wirklich seine Schulden nicht in bar bezahlen kann, bereit sein, unter gewissen Bedingungen eine Erleichterung zuzulassen. Die Sachverständigen besaßen sich augenblicklich mit der Aufstellung der Bedingungen, die sowohl für England als auch für Frankreich beschreibend wären und von denen man auch erwarten könne, daß Deutschland bereit sein würde, sie zu erfüllen.

Nach „Morningpost“ ist die Beratung der Streichung der Kriegsschulden für den Augenblick ausgeschlossen worden. Auch ein englisch-französisch-deutsches Übereinkommen sei geplant. Nach der „Morningpost“ suchen die Premierminister nach einem Ausweg aus der Sackgasse, in die sie durch die Erklärung Deutschlands geraten seien, daß es nicht in der Lage sei, die nächsten Reparationsraten voll zu bezahlen. Es scheint, daß die Erklärung Deutschlands von britischer Seite als durch die tatsächlichen Umstände gerechtfertigt angesehen werde. Die Mitglieder, sowohl der Reparationskommission als auch der Garantiefommission, seien vor etwa einem Monat in Berlin gewesen und hätten die Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands eingehend geprüft. Die deutsche Regierung habe den Mitgliedern der beiden Kommissionen eine genaue Einsicht in den gesamten Stand der Dinge gegeben.

Der Standpunkt der französischen Regierung

Paris, 21. Dezember.

Nach einem Londoner Bericht des „Matin“ steht im Vordergrund der Beratungen in London der Gedanke eines wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Frankreich habe sich entschieden, diesen Beratungen nicht fernzubleiben. Briand und Loucheur seien der Ansicht, es wäre unklug und den nationalen Interessen abträglich, Abkommen ohne Frankreich abzuschließen zu lassen, sei es, daß es sich um Deutschland, die Sanierung Mitteleuropas oder die Ausbeutung Rußlands handele. Es würden internationale Konferenzen stattfinden, an denen Deutschland, Oesterreich, Ungarn und die anderen Staaten teilnehmen würden; wenn Somzetrußland gewisse Bürgschaften gebe, könne es auch daran teilnehmen. Wenn diese Frage des europäischen Wiederaufbaus auf die Reparationsangelegenheit einwirken werde, dann könne man sich vorstellen, daß die Vertreter Frankreichs den Engländern erklären würden, der Wiederaufbau des Marktes in Mitteleuropa und die Reform Deutschlands könnten eine große Abänderung in der Lage des Deutschen Reiches und des Weltmarktes herbeiführen. Wenn dem so sei, warum wolle man jetzt eine vollständige Umgestaltung des Reparationsystems ins Auge fassen? Die französischen Forderungen seien auf das strengste Mindestmaß beschränkt worden, eine weitere Beschränkung könne man von Frankreich in einem Augenblick nicht verlangen, in dem die Engländer sagten, der Schuldner könne wieder zahlungsfähig werden. Wäre es deshalb nicht besser, für den Augenblick den Londoner Zahlungsplan beizubehalten, nicht in seiner Gesamtheit, sondern für die nächsten zwei Jahre, dann könne man ein Mittel suchen, wie man durch neue Zahlungsmodalitäten für diese Zeit bezahlt werde. Würde man so sprechen, dann könne allerdings Lloyd George sich weniger eilig zeigen, seine berühmten Vorschläge der von Großbritannien zu gewöhnlichen Opfer vorzulegen, sei es, daß es sich um die Reparationen oder um die alliierten Kriegsschulden handele.

Briand erklärte dem Sonderberichterstatter des „Matin“, die Meldung, Lloyd George habe eine Entente zu dreien mit Deutschland als Partner vorgeschlagen, sei reine Erfindung. Nicht ein Wort davon sei wahr. Demgegenüber hält der Sonderberichterstatter des „Echo des Paris“ die Nachricht aufrecht, daß Lloyd George einen derartigen Vorschlag unterbreiten wolle. Er habe ihn noch nicht entwickelt und behalte sich ohne Zweifel seine Einbringung für eine günstigere Zeit vor.

Alkohol oder Milch?

Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben:

Man soll die Bedeutung des landwirtschaftlichen Brennereigewerbes gewiß nicht unterschätzen, aber man soll sie auch nicht überschätzen. Diese Lehre läßt sich einer beachtenswerten Abhandlung entnehmen, die der Staatssekretär a. D. Prof. Dr. August Müllerer mit der Ueberschrift „Alkohol oder Brot“ in der „Wöchentlichen Zeitung“ Nr. 577 vom 8. d. M. veröffentlicht hat. Ihm muß das Verdienst zugesprochen werden, daß er die alte Streitfrage des Für und Wider des landwirtschaftlichen Brennereigewerbes ganz wesentlich geklärt und ihre Entscheidung gefördert hat. Seine Ausführungen leiten zu folgendem Gedankengang über:

Die bei der Alkoholbereitung verbleibenden Rückstände, die als Viehfutter zur Verwendung gelangen, werden bekanntlich mit dem Wort Schlempe bezeichnet. Diese Schlempe bildet wegen ihrer angeblichen Unentbehrlichkeit als hochwertiges Futtermittel den Dreh- und Angelpunkt in der Beweisführung für die von den Brennereibesitzern behauptete Notwendigkeit der Aufrechterhaltung und weiteren Ausdehnung der landwirtschaftlichen Spiritusfabrikation. Die Gegner der Herstellung von Alkohol aus Kartoffeln und Mais bestreiten zwar in keiner Weise die durch die Schlempefütterung erreichbaren Vorteile an sich. Sie können jedoch die Behauptung von der Unersehbarkeit der Schlempe insbesondere hinsichtlich der städtischen Milchversorgung nicht gelten lassen. Vor allem aber stellen sie den mit der Schlempefütterung verbundenen Vorzügen die wesentlich mehr ins Gewicht fallenden Nachteile durch die Spiritusfabrikation gegenüber, die in den für das Reich unvermeidlichen außerordentlich großen Geldverlusten liegen. Das Reich muß nämlich weit über seine Fähigkeit zur Bewertung hinausgehenden Spiritusmengen den Brennern zu hohen Preisen abnehmen, obwohl es sie nur zu erheblich niedrigeren Preisen abzugeben vermag. Lediglich dem Interesse einer kleinen Zahl von Brennereibesitzern wird demnach von der Allgemeinheit ein ganz unverhältnismäßig großes, nachherabzu unerträglich gewordenen Opfer gebracht.

Der ganze Streit spitzt sich also gewissermaßen auf die Feststellung des Wertes der Schlempe und ihrer angeblichen Unersehbarkeit zu. Bei der Entscheidung dieser Frage erweist sich die agrarische Beweisführung als weit über das Ziel hinauschiehend. Prof. Müllerer erklärt:

„Ich folge dabei Darlegungen, die der verstorbene Abgeordnete Wurm, bekanntlich einer der besten Kenner aller dieser schwierigen, mit der Branntweinwirtschaft in Zusammenhang stehenden Fragen, am 13. Mai 1918 im 33. Ausschuss des Reichstags bei der Beratung der ersten Branntweinmonopolvorlage gemacht hat und die ihm von seiner Seite widerlegt werden konnten. Wurm ging aus von einem Kartoffelverbrauch von 2,8 Millionen Tonnen für Branntwein, was mehr ist, als jemals für diese Zwecke verwendet worden ist. Zu den 2,8 Millionen Tonnen Kartoffeln treten noch 0,3 Millionen Getreide, das in geringen Mengen bei der Kartoffelspiritusproduktion verwendet werden muß, hinzu. Aus den bezeichneten Kartoffel- und Getreidemengen entstehen bei der Verarbeitung 41,8 Millionen Hektoliter Schlempe. Von dieser Schlempe werden täglich verfrachtet an Lungen 25 Liter, an Milchkühe 40 Liter, an Kalbweib 80 Liter. Rechnet man mit einem Durchschnittsverbrauch von 41,8 Liter Schlempe für 1 Stück Vieh täglich, so können mit 41,8 Millionen Hektoliter Schlempe 100 Millionen Stück Vieh einen Tag gefüttert werden. Bei 200 Tagen Brennereibetrieb können also 0,5 Millionen Stück Vieh 200 Tage gefüttert werden. Das sind etwas über 2 v. H. des Rinderbestandes im Frieden. Heute, bei den geringeren Beständen und dem Vorwiegen des Jungviehes, dürften es höchstens 4 v. H. der Rinderbestände sein, die auf die Schlempefütterung im Winter angewiesen sind.“

Damit ist der Standpunkt der Brennereibesitzer völlig widerlegt, und es tritt jetzt so recht zutage, wie unberechtigt ihre Gespinntheit ist, das Interesse der angeblich von der Schlempefütterung abhängigen städtischen Milchversorgung gewissermaßen als Juggler vor den landwirtschaftlichen Brennereibesitzern zu spannen. Die Wirkung des vorstehenden Zahlenmaterials ist eine berart erdrückende, daß auch die bis jetzt unbedingten Anhänger der Brennerei, die bei der Kenntnisnahme von ersterem überrascht sein mögen, Veranlassung nehmen dürften, ihren bisherigen Standpunkt eingehend nachzuprüfen. Sie werden, sofern sie überhaupt gerecht urteilen wollen, notwendigerweise zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Brennereien, zumal auf leichtem Boden, zwar für ihren Besitzer eine recht nützliche und lohnende, für die Allgemeinheit jedoch eine viel zu kostspielige Sache ist.

Im übrigen steht aber auch noch die selbstverständliche Frage offen, ob sich denn nicht auch für Branntweinschlempe ein Erlaß, und zwar ein solcher von möglichst hoher Vollwertigkeit, schaffen lassen sollte. Als Beitrag zur Lösung dieser Frage dürfte der Hinweis auf eine vielleicht sehr nahe liegende Art der Futtermittelgewinnung angebracht sein, welche der verstorbene Hallenser Professor M a e r k e r, der bekannte Agrarkulturchemiker und wohl bedeutendste Förderer der landwirtschaftlichen Branntwein- und Zuckergewinnung, nachdrücklich empfohlen hat. Den Ausführungen dieses Wirtschaftlers und Praktikers in einer Person in

